

Deggendorfer Erklärung 2025

Kommunalpolitik im Zeichen des demographischen Wandels

Sieben Forderungen für eine seniorengerechte Kommunalpolitik

Inhalt

- Vorwort
- Handlungsfähigkeit der Kommunen für zukünftige Aufgaben sichern
- Sieben Forderungen für eine seniorengerechte Kommunalpolitik
- Unterstützung der bayerischen Kommunen durch den Bund: verlässliche Steuerpolitik und planbares Steueraufkommen
- Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat Bayern: kommunale Leistungsfähigkeit langfristig ausbauen
- Appell: Der Politik der Senioren-Union ein Gesicht geben

Vorwort

Die Kommunalpolitik ist im wahrsten Sinne des Wortes die Basis unserer Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger erleben, welche Handlungsmöglichkeiten die Gemeinden, Städte und Landkreise für die Gestaltung ihrer Lebensbereiche haben und wie den Anliegen der Bevölkerung entsprochen wird. Geprägt wird die Politik durch das persönliche Engagement der Mandatsträger und der sie tragenden Parteien. Auf der kommunalen Ebene können die Menschen unmittelbar nachvollziehen, dass sich der persönliche Einsatz lohnt – durch Argumente zu Entscheidungen bei einzelnen Themen und durch die langfristige Prägung der Gemeinde- und Kreispolitik durch die Mitarbeit in einer Partei.

Für die Senioren-Union der CSU spielen deshalb die Kommunalwahlen im März 2026 eine besonders wichtige Rolle. Übergreifend zu den Themen, die lokal und regional diskutiert werden, beschreibt die Senioren-Union mit der „Deggendorfer Erklärung 2025“ die Situation der Kommunen, die Herausforderungen in der Zukunft sowie die notwendige Unterstützung der Kommunen durch den Bund und den Freistaat Bayern.

Im Mittelpunkt dieser Erklärungen stehen die sieben Forderungen zu einer seniorenpolitischen Kommunalpolitik. Damit stellt die Senioren-Union der CSU die Ansätze vor, mit denen dem demographischen Wandel, der Zunahme der älteren Menschen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Rechnung getragen werden kann.

Handlungsfähigkeit der Kommunen für zukünftige Aufgaben sichern

Aktuell stehen die Kommunen in Bayern vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die sowohl finanzielle und infrastrukturelle, soziale und gesellschaftliche Themenfelder betreffen. Für die Senioren-Union der CSU sind die Stellhebel für eine zukünftige Kommunalpolitik:

Finanzielle Handlungsfähigkeit sichern

Die Kommunen sehen sich mit steigenden Ausgaben und begrenzten Einnahmen konfrontiert. Im Jahr 2025 wurde der kommunale Finanzausgleich auf knapp 12 Milliarden Euro erhöht, was eine Steigerung von über 600 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die regionalisierte Steuerschätzung für Bayern prognostiziert bis 2026 einen Rückgang der Steuereinnahmen um insgesamt etwa 2,4 Milliarden Euro. Angestrebt werden sollte eine Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 Prozent ab 2026, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Anpassung der Kosten für Integration und Migration

Die Unterbringung und Integration von Migranten stellen viele Kommunen vor Herausforderungen. Hier erwartet die Senioren-Union, dass die Maßnahmen der neuen Bundesregierung eine deutliche Entlastung bringen.

Digitalisierung der Verwaltung voranbringen – Altersdiskriminierung vermeiden

Die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung schreitet voran. In Bayern soll die digitale Transformation beschleunigt werden, um Kommunen zu volldigitalen Ämtern auszubauen, mit dem Ziel, Prozesse wie Baugenehmigungen oder Kfz-Zulassungen effizienter und bürokratieärmer zu gestalten. Gerade im Bereich der Kommunen darf eine vorangetriebene Digitalisierung nicht zur Altersdiskriminierung führen. Analoge Zugänge müssen ebenso offen gehalten werden, wie persönliche Ansprechpartner in den Kommunen zur Verfügung stehen müssen.

Konsequenter Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung fördern

Viele Kommunen fordern einen Abbau von Bürokratie und eine Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. Es müssen Standards überprüft werden, um den Kommunen mehr Handlungsspielraum zu geben und die Effizienz zu steigern.

Klimaschutz und Stadtentwicklung als zentrale Handlungsfelder

Die Kommunen entwickeln heute Perspektiven für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Maßnahmen im Sinn der Nachhaltigkeit sind Verringerung der Flächenneuinanspruchnahme. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Förderung von barrierefreiem Wohnen stehen im Mittelpunkt. Durch viele Maßnahmen wird die Anpassung an den Klimawandel vorbereitet.

Sieben Forderungen für eine seniorengerechte Kommunalpolitik

Die älteren Bürgerinnen und Bürger prägen zunehmend die kommunale Struktur. Die Kommunen stehen in der Pflicht, altersgerechte Lebensräume zu schaffen, die soziale, gesundheitliche, bauliche und digitale Aspekte berücksichtigen. Die ältere Bevölkerung steht vor vielen Herausforderungen und entwickelt besondere Bedürfnisse, die sich auf alle Lebensbereiche in ihren Kommunen auswirken.

Die Senioren-Union stellt sieben Forderungen an die zukünftige Gestaltung einer seniorengerechten Politik in den bayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen:

1. Kommunalpolitik muss dem demographischen Wandel Rechnung tragen

- In vielen Gemeinden ist ein zunehmender Anteil älterer Menschen zu erwarten. Die Strategien der Daseinsvorsorge müssen dieser Veränderung entsprechen.
- Kommunale Entwicklungsplanung muss altersfreundlich und generationengerecht sein.
- Die in vielen Kommunen vorhandenen, teilweise fortgeschriebenen „Seniorenpolitischen Gesamtkonzepte“ müssen als strategische Planungen auf kommunaler Ebene genutzt und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen umgesetzt werden.

2. Dem Bedarf an altersgerechten, barrierearmen oder barrierefreien Wohnungen entsprechen

- Barrierefreies Wohnen ist zu fördern.
- Wohnortnahe Versorgungsstruktur (Ärzte, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten und soziale Dienste) muss sichergestellt werden.

- Mehrgenerationenwohnen und ambulant betreute Wohngemeinschaften werden als alternative Wohnformen im Alter gefördert.
- Förderprogramme: z. B. „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“ oder LfA-/LfP-Förderung für altersgerechten Umbau nutzen.

3. Mobilität durch öffentliches Angebot sicherstellen

- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss ein Basisangebot zur Sicherstellung der Mobilität der älteren Menschen schaffen. Die Zugänglichkeit zu den Verkehrssystemen, die Linienführung, Taktdichte, barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge sowie seniorengerechte Preisgestaltungen sind entscheidend für die Akzeptanz und Nutzung.
- Modelle wie Seniorenfahrdienste, kommunale oder gemeinnützige Angebote, sollen als Ergänzung zum ÖPNV die Mobilität unterstützen.
- Nahversorgung im ländlichen Raum schaffen und erweitern, beispielsweise durch mobile Einkaufsmöglichkeiten oder Bringdienste.

4. Gesundheit und Pflege sind Schlüsselthemen für die ältere Generation

- Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung, gerade in ländlichen Regionen, ist besonders wichtig.
- Ausbau der Pflegeangebote: Dem wachsenden Bedarf an ambulanten Pflegediensten, Kurzzeitpflege, Tagespflege und stationären Einrichtungen Rechnung tragen.
- Steigende Pflegekosten sind finanzielle Belastungen der Kommunen. Die Eigenanteile für Pflegebedürftige in Bayern sind seit 2018 um 53 Prozent gestiegen. Dies führt dazu, dass immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen sind, was wiederum die Kommunen finanziell belastet.
- Dem Fachkräftemangel in der Pflege durch kommunale Initiativen begegnen. Der Mangel an Pflegekräften stellt eine der größten Bedrohungen für die Gesundheitsversorgung dar. Gerade auf kommunaler Ebene können Initiativen dazu beitragen, lokal und regional die Fachkräftesituation zu verbessern.
- Pflegestützpunkte einrichten: Beratungsangebote für Pflegebedürftige und Angehörige (von Kommunen und Freistaat gefördert).
- Demenz-Netzwerke aufbauen zur Unterstützung, Schulung und Koordination lokaler Angebote für Menschen mit Demenz.

5. Soziale Teilhabe und ehrenamtliches Engagement breit ausbauen

- Seniorenbeiräte sind eine wichtige Instanz zur Förderung der kommunalpolitischen Beteiligung älterer Menschen.

- Senioreentreffs, Begegnungsstätten, Nachbarschaftshilfen: Orte für Austausch, Beratung und Freizeitgestaltung schaffen und ausweiten.
- Bereitschaft für starke Beteiligung an Ehrenämtern schaffen und ausbauen: Kommunen können durch Förderung und Koordination die ehrenamtliche Beteiligung in Vereinen und im Freizeitbereich unterstützen.

6. Kompetenz in digitalen Themen schaffen

- Digitale Teilhabe fördern: Ältere Menschen benötigen oft gezielte Unterstützung beim Zugang zu digitalen Angeboten.
- Voraussetzung für digitale Bürgerdienste schaffen - Vermittlung von Kompetenzen (z. B. Kurse durch VHS, Mehrgenerationenhäuser etc.).
- Konzepte der Nutzung digitaler Assistenzsysteme, der Telemedizin und neue Wohnlösungen erproben.

7. Sicherheit und Schutz der älteren Menschen erhöhen

- Kriminalprävention auf kommunaler Ebene besonders wirksam: Schutz vor Betrug (z. B. Enkeltrick, Fake-Polizei), besonders im Alter, durch Information, Aufklärung und Schulungen.
- Verkehrssicherheit für ältere Menschen schaffen: Maßnahmen im öffentlichen Raum (Beleuchtung, Querungshilfen, Gehwege) müssen die besondere Lebenssituation der älteren Menschen berücksichtigen.
- Katastrophenschutz muss verstärkt werden: Versorgung und Information älterer Menschen bei Hitze, Stromausfällen, Starkregen müssen von den Kommunen ausgebaut werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land und Bund wird als entscheidend angesehen, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Unterstützung der bayerischen Kommunen durch den Bund: verlässliche Steuerpolitik und planbares Steueraufkommen
--

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen erwarten die bayerischen Kommunen von der neuen Bundesregierung eine klare und verlässliche Steuerpolitik, die ein stabiles und planbares Steueraufkommen gewährleistet. Nur so können die Kommunen ihre Aufgaben in Bereichen wie Bildung, Pflege und Infrastruktur weiterhin erfüllen und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger sichern. Zu den notwendigen Maßnahmen des Bundes zählen:

Vollständige Finanzierung übertragener Aufgaben

Kommunen übernehmen zahlreiche Aufgaben im Auftrag von Bund und Ländern, etwa in den Bereichen Bildung, Integration und Pflege. Es ist notwendig, dass der Bund diese Aufgaben vollständig finanziert, um die Kommunen nicht weiter zu belasten.

Stärkung der kommunalen Investitionskraft

Die Kommunen benötigen finanzielle Mittel für Investitionen in Infrastruktur, wie Schulen, Krankenhäuser und Straßen. Die Senioren-Union unterstützt Forderungen nach einem raschen Investitionsprogramm des Bundes und einer Reform der gesamtstaatlichen Steuerverteilung zugunsten der Kommunen.

Sicherung der ländlichen Entwicklung

Vor allem der Bund muss darauf achten, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land gewahrt und entsprechende Mittel zur Förderung des ländlichen Raums bereitgestellt werden.

Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat Bayern: kommunale Leistungsfähigkeit langfristig ausbauen

Der Freistaat Bayern bietet ein starkes und breit aufgestelltes Förder- und Unterstützungsnetzwerk für seine Kommunen. Es sind jedoch weitere Finanzmittel, Reformen und Prüfprozesse notwendig, um die kommunale Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern und auszubauen. Handlungsfelder für eine breite Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat sind:

- Kommunaler Finanzausgleich & Schlüsselzuweisungen, einschließlich spezifische Förderposten wie Kommunaler Hochbau (Schulen, Kindergärten), Krankenhausinvestitionen, Härtefallförderung, Straßenausbau pauschalen und Stabilisierungshilfen für finanzschwache Kommunen
- Städtebau & Wohnraumförderung, insbesondere Dorferneuerung und kommunales Wohnraumförderungsprogramm
- Klima, Energie & Umwelt, dabei kommunaler Klimaschutz, Energieprojekte, Förderung Holzbau, Industriestandort-Sanierung, Naturschutz-Biotopverbund („BayernNetzNatur“)
- ÖPNV & Infrastruktur, beispielsweise Anschaffung emissionsarmer Busse und Verbund-Studien, Tarifintegration und Infrastrukturförderung zur Verbesserung regionaler Mobilität
- Digitalisierung der Verwaltung
- Nutzung der Förderinstitute & Banken

Für die Verbesserung der Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat Bayern begrüßt die Senioren-Union insbesondere

- die Aufgaben- und Standardprüfung durch die staatlich-kommunale Arbeitsgruppe zur Evaluierung kommunaler Aufgaben und
- die Bauordnungs-Reform sowie die Genehmigungsbeschleunigung mit klimafreundlicheren Standards bei schnelleren Verfahren.

Appell: Der Politik der Senioren-Union ein Gesicht geben

Die Kommunalpolitik ist prägend für die Erfahrung mit der Demokratie für alle Altersgruppen. In den Gemeinden, Städten und Landkreisen wird konkrete Politik gemacht, die unmittelbar Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt, die Probleme löst und den Weg in die Zukunft gestaltet. Weit über die Daseinsvorsorge durch die Kommunen hinaus gibt es die Möglichkeit, politische Schwerpunkte zu setzen, die für heute und morgen wichtig sind.

Das Demokratieerlebnis und das kommunalpolitische Engagement werden besonders dadurch deutlich, dass die Kandidaten für ein Amt im Gemeinderat, im Stadtrat oder im Kreistag unmittelbar bekannte Menschen sind. Die Politik der CSU und der Senioren-Union wird getragen von Persönlichkeiten, die sich in der Nachbarschaft und in der ganzen Kommune für eine seniorengerechte Politik einsetzen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Mitglieder und Mandatsträger der Senioren-Union auch für die Kandidatur zu kommunalpolitischen Ämtern zur Verfügung stehen. Die Vielfalt der Politik und die Bürgernähe wird durch die Listen der CSU für die Gemeinde, die Stadt und den Landkreis verdeutlicht. Das erfordert, dass wir durch viele Kandidaten ein breites Spektrum an Stimmen der CSU und ihrer Arbeitsgemeinschaften anbieten, die nicht alle ein Ehrenamt bekommen werden.

Die Senioren Union der CSU ruft ihre Mitglieder in ganz Bayern auf, sich durch persönliche Beteiligung in die Kommunalpolitik einzubringen und dabei auch für ein Amt zur Verfügung zu stehen. Wir können durch überzeugende Persönlichkeiten deutlich machen, dass unsere Politik bürgernah ist, dass wir konsequent auf die Anliegen der Bevölkerung hören und dass wir bereit sind, uns zu den Themen der Kommunen ansprechen zu lassen. Deshalb appellieren wir an unsere Mitglieder: Geben Sie der Politik der Senioren-Union auf kommunaler Ebene ein Gesicht, stehen sie für ein kommunales Mandat als Kandidat zur Verfügung.